

einige neue oder in diesem Kontext überraschende Fragestellungen aufgenommen. Dies gilt für die Messung von *Human Development*, wozu *Andy Storey* ausführlich Instrumente und Ansätze darstellt, um zu der nicht neuen, aber desto wichtigeren Schlussfolgerung zu kommen, dass Zahlen nur in ihrem Kontext zählen. Der Zahlenfetischismus aber ist vor allem in der Ökonomie hegemonial, wie Robert Chambers in von Storey zitierten Versen resümiert (38):

Economists have come to feel
What can't be measured isn't real
The truth is always an amount
Count numbers, only numbers count.

Eindeutig auf neueste Tendenzen bezogen ist die Einschätzung des *International Criminal Court* (ICC) von *Paul Hainsworth*. Dabei werden sowohl die widersprüchlichen Erfahrungen mit den Krisen in Darfur oder der Demokratischen Republik Kongo resümiert als auch die ebenso widersprüchlichen Folgen des 11. September 2001 berücksichtigt, insbesondere vor dem Hintergrund der Gegnerschaft vor allem der Bush-Administration gegen den ICC. Hainsworth sieht diesen dennoch in der Linie einer mit den Nürnberger Prozessen eingeleiteten Herausbildung eines internationalen Regimes zur Wahrung der Menschenrechte und „effektiver Verfolgung verübter Verbrechen“, wie es der südafrikanische Anti-Apartheidsaktivist und Jurist Albie Sachs formuliert (62). Zu Recht widmet *Gerard McCann* den *Economic Partnership Agreements* (EPA) einen eigenen Beitrag, die er in die Kontinuität der Abkommen von Yaoundé, Lomé und Cotonou stellt. Dabei geht es nicht allein um das Handelsregime, sondern auch um den Rückgang der

effektiven „Hilfs“-Transfers im Verhältnis zum BIP und die innere Dynamik der EU, die in ihrer Politik gegenüber den Ex-Kolonien zum Ausdruck kommt. Nicht berücksichtigt bleibt dabei der folgenreiche regionale Zuschnitt der EPAs, der bestehende Kooperationsbeziehungen zwischen afrikanischen Staaten effektiv konterkariert. Zu nennen ist auch *Madeleine Leonards* differenzierte Auseinandersetzung mit Kinderarbeit, die nicht allein die bekannte Problematik des Zwangs zum Erwerb und manchmal auch des Wunsches berücksichtigt, dieser möge unter einigermaßen menschlichen Bedingungen erfolgen, sondern zugleich zeigt, wie wenig wirksam die Kampagnen für fairen Handel oder entsprechende Siegel oft sind, wenn es darum geht, diese Bedingungen wirklich herzustellen und zu kontrollieren.

Die Lektüre der Beiträge hinterlässt zwei bestenfalls offene Fragekomplexe. Zum einen wird ständig von „Entwicklung“ geredet, ohne dass klar würde, was genau damit gemeint ist, außer dass es besser werden möge und dies vor allem im globalen Süden. Anders ist die Verknüpfung von Klimawandel und „Entwicklung“ schwerlich zu verstehen, wenn es vor allem um die Folgen für Inselstaaten oder afrikanische Länder geht. Allenfalls lässt sich durch den Verweis auf „Aussichten für Wirtschaftswachstum und ... Folgen für Einkommen und Gesundheit“ (125) die Bedeutung von „Entwicklung“ ungefähr erahnen. Zum anderen verweist Chassaide völlig zu Recht auf die Notwendigkeit globalen Handelns und auch entsprechender Anstrengungen im Bereich von Erziehung und Bildung. Nur wäre dann mindestens zu reflektieren, wie die nach wie vor regionale Fixierung der „Entwicklungs“-Thematik mit dieser

globalen Perspektive zu vermitteln ist. *Stephen McCloskey* nimmt dies auf, wenn er seinen Überblick über „Entwicklungs-Erziehung als Mittel sozialen Wandels“ mit einem Plädoyer für „Erziehung zu nachhaltiger Entwicklung“ abschließt (260ff). Die Förderung „aktiven staatsbürgerlichen Handelns“ (263) ist gewiss eine konsequente Schlussfolgerung aus einer Problembeschreibung, die nicht zuletzt auch auf die zunehmende globale Ungleichheit verweist. Gerade die Klima-Problematik sollte aber Anstoß sein, über die Kooperation zwischen nach wie vor gegeneinander schroff abgegrenzten Umwelt- und „Entwicklungs“-Aktivitäten hinaus über diese Einteilung selbst nachzudenken.

Problematisch ist zweitens die Tendenz, auf der Suche nach Ansätzen für eine alternative Politik einmal mehr alles das für solche Perspektiven zu vereinbaren, was auch nur im entferntesten der als Neoliberalismus chiffrierten hegemonialen Tendenz zuwiderläuft. Dies gilt noch in geringerem Maß, wenn *Ronaldo Munck* der Hoffnung Ausdruck verleiht, Lateinamerika möge nun in ähnlicher Weise eine Vorreiterrolle für die Überwindung des Neoliberalismus übernehmen, wie es durch den Pinochet-Putsch zum Experimentierfeld bei der Einleitung dieser Wende geworden war. Immerhin konzentriert Munck seine Darstellung auf basisorientierte Bewegungen, z.B. die Zapatisten, auf partizipative Budgets in einigen Städten oder auf zunehmende Bewegungen von Indígenas, die alle traditionellen Politikformen in Frage stellen. Die spannende und problematische Frage, wie diese letzteren derzeit etwa in Bolivien oder Ecuador mit der Auseinandersetzung um die Staatsmacht verknüpft sind, spart Munck

aus. Noch stärker kommt der Drang, sich an selbst scheinbare Alternativen zu klammern, zum Ausdruck, wenn *Gerard McCann* seinen Abschluss-Artikel über neoliberale Strategien mit der Perspektive auf „Alternativen und zunehmenden Widerstand gegen westliche Hegemonie“ ausklingen lässt. Dabei subsumiert er unter die „sozialdemokratische Alternative“ so unterschiedlich orientierte Ansätze wie „Venezuela, Bolivien, Brasilien, Ecuador und Chile“ und verbucht als Quelle „anderen Widerstandes“ ferner „verschiedene islamische Staaten, die festgestellt haben, dass neoliberale Wirtschaftspraxis völlig unvereinbar ist mit den theologischen mores ihrer ökonomischen Tradition“ (288). Auf den Ort dieser Utopie wäre ich neugierig.

Reinhart Kößler

Encarnación Gutiérrez Rodríguez,
Manuela Boatacă & Sérgio
Costa (Hg.): *Decolonizing Euro-
pean Sociology. Transdisciplinary
Approaches*. Farnham:
Ashgate 2010, 284 Seiten.

Die Soziologie als akademische Disziplin war und ist ein Produkt der (europäischen) Moderne. Diese Annahme sowie die darauf aufbauende Tradition der Gesellschaftsanalyse zur Disposition zu stellen, ist das Anliegen des vorliegenden Sammelbandes. Damit liefert der Band einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten innerhalb der westlichen (Sozial-)Wissenschaften. Denn obgleich postkoloniale Kritik auf zentrale soziologische Konzepte – allen voran auf das der Moderne – zielt, lässt eine umfassende Antwort im Sinne einer *postkolonialen Soziologie* bisher auf

sich warten. Auf diese Leerstelle möchte der Band mit einer Sammlung kritischer Essays aufmerksam machen und Gedankenanstöße geben, wie ein „decolonial turn“ (1) in der europäischen Soziologie aussehen könnte – und zwar aus einer *transdisziplinären*, aber *europäischen* Perspektive. Die „Mainstream“-Soziologie soll von ihren disziplinären Rändern her kritisch beleuchtet werden, doch der Ausgangspunkt dieser Kritik bleibt Europa – verstanden als Zentrum, das es von innen heraus zu *de-zentrieren* gilt. Zu Wort kommen daher ausschließlich Autor_innen, die im europäischen Wissenschaftsbetrieb verortet sind oder aber über Europa schreiben.

Der Band umfasst fünfzehn Beiträge, die in fünf Kapitel gegliedert sind. Während das erste („Unsettling Foundations“) die epistemologischen Grundlagen einer „Sociology after Postcolonialism“ (33) im Allgemeinen diskutiert, nimmt das zweite („Pluralizing Modernity“) das Konzept der Moderne – verstanden als zu dekonstruierender identitärer Kern der europäischen Soziologie – in den Blick. Anschließend zeigt der Teil „Questioning Politics of Difference“ die Grenzen neuerer soziologischer Ansätze des „Multikulturalismus“ auf, identitäre Aushandlungsprozesse adäquat zu fassen. Unter dem Titel „Border-Thinking“ beleuchtet das vierte Kapitel die Kontinuität kolonialer Denkstrukturen, die sich in einem alltäglichen Rassismus gegenüber den „Anderen“ innerhalb Europas zeigen. Schließlich richten die Autor_innen im letzten Kapitel („Looking South“) ihren Blick auf die globale Peripherie und analysieren dabei die machterstrickte Kontingenz geographischer Kategorien – außerhalb und innerhalb Europas.

Unter dem Titel „Postcolonial Sociology: A Research Agenda“ skizzieren *Manuela Boatcă* und *Sérgio Costa* zunächst die Eckpunkte der intendierten Dekonstruktion der europäischen Soziologie, die zugleich den Rahmen des Sammelbandes abstecken. Ihre zentrale These ist, eine postkoloniale Analyse bedeute nicht das Ende der Soziologie, sondern beide Perspektiven seien miteinander vereinbar. Das Ziel einer postkolonialen Soziologie ist für die Autorin und den Autor jedoch nicht, einem weiteren Paradigmenwechsel das Wort zu reden, sondern vor allem eine genealogische Analyse des „colonial turn“ (14), welcher untrennbar mit der Institutionalisierung der Soziologie als Disziplin verknüpft und bis heute wirksam sei. Diese Schlussfolgerung basiert auf einem Forschungsüberblick zu aktuellen soziologischen Ansätzen der Makro-, Meso- und Mikroebene. *Gurminder K. Bhambra* führt die kritische Diskussion neuerer makrosoziologischer Ansätze fort. Sie behauptet, das Modernitätsparadigma werde im Rahmen von Konzepten der „multiple modernities“ (vgl. 37f) oder des „global cosmopolitanism“ (vgl. 38f) nicht überwunden, sondern – wenn auch ungewollt – sogar reproduziert. Daher spricht sie sich für einen „provincialized cosmopolitanism“ aus, der unterschiedliche lokale Perspektiven auf Kosmopolitismus dialogisch verknüpfen kann.

Einen „unbequemen“ und daher umso wichtigeren Aspekt greift *Encarnación Gutiérrez Rodríguez* in ihrem Beitrag „Decolonizing Postcolonial Rhetoric“ auf. Sie fragt darin nach der (Un-)Möglichkeit einer postkolonialen Soziologie innerhalb der bestehenden akademischen (Macht-)Strukturen und warnt vor der „Geiselnahme“ des kritischen Potenzials

postkolonialer Ansätze durch den institutionalisierten Wissenschaftsbetrieb. Der Beitrag schließt mit der Forderung nach einer stärkeren Repräsentation bislang marginalisierter Gruppen an europäischen Universitäten und nach einem Dialog zwischen institutionalisierter und nicht-institutionalisierter Wissenspraxis.

Der Erkenntnisgewinn eines Sammelbandes zeigt sich vor allem dann, wenn Beiträge nicht unverbunden nebeneinander stehen, sondern sich (kritisch) aufeinander beziehen bzw. beziehen lassen. Dies trifft beispielsweise für die Essays von *Göran Therborn* („Different Roads to Modernity and Their Consequences: A Sketch“) und *Jan Nederveen Pieterse* („New Modernities: What's New?“) zu. Letzterer wirft *Therborn* indirekt vor, mit seinem Konzept nur einer „modernity plus local franchises“ (86) das Wort zu reden, anstatt das Konzept der Moderne grundlegend zu hinterfragen. *Kien Nghi Ha* und *Sandra Gil Araújo* sind dagegen nicht über eine Kontroverse miteinander verbunden. Ihre Beiträge zur Integrationspolitik in Deutschland („Integration as Colonial Pedagogy of Postcolonial Immigrants and People of Colour: A German Case Study“) und in Spanien („The Coloniality of Power and Ethnic Affinity in Migration Policy“) lassen sich vielmehr komplementär lesen. Während *Ha* die gewaltförmige Dimension verpflichtender Sprach- und Einbürgerungskurse herausarbeitet, deckt *Gil Araújo* die rassistischen und eurozentrischen Denkstrukturen hinter derartigen Programmen auf.

Der Band zeichnet sich insbesondere dadurch aus, mit Beiträgen unter anderem aus dem Bereich der „Islamic studies“ (*Nilüfer Göle*: „European Self-Presentations and Narratives Challenged

by Islam: Secular Modernity in Question“), der „Beauty Studies“ (*Shirley Anne Tate*: „Not all the Women Want to be White: Decolonizing Beauty Studies“) oder auch der kritischen Geographie bzw. Regionalwissenschaften (*Heriberto Cairo*: „Critical Geopolitics and the Decolonization of Area Studies“) die disziplinäre Peripherie der Soziologie einzubeziehen. Die ausschließliche Konzentration auf Europa mag bei einigen Leser_innen Enttäuschung hervorrufen. Dennoch beweist das Buch sein kritisches Potenzial, indem es in verschiedenen Beiträgen die Vorstellung von Europa als homogener Einheit dekonstruiert und damit auf die Instrumentalisierung Osteuropas sowie des Balkans im Kontext des kolonialen Projektes aufmerksam macht. Deutlich wird allerdings auch, wie hoch die Hürden auf dem Weg zu einer postkolonialen Soziologie sind. Dies betrifft vor allem das zentrale Anliegen, hegemoniale Strukturen innerhalb der europäischen Wissenschaften aufzubrechen und Autor_innen außerhalb des akademischen „Establishments“ zu Wort kommen zu lassen. Mutige Schritte in diese Richtung lassen bislang noch auf sich warten – auch der vorliegende Sammelband bietet hier keine Ausnahme.

Verena Namberger

Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft: *Feministische Postkoloniale Theorie. Gender und (De-)Kolonialisierungsprozesse*, Bd. 18, Nr. 2. Leverkusen-Opladen: Verlag Barbara Budrich 2009, 206 Seiten

Dass postkoloniale Studien inzwischen auch im deutschsprachigen Raum in der (kritischen) sozialwissenschaftlichen